

4. Novelle der 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – Rückmeldungen aus der Befassung der Corona-Kommission bis 10.03.2021, 12 Uhr

Zusammenfassung der Befassung der Corona-Kommission:

4 Rückmeldungen von KurienvorteilertInnen sind eingelangt: BMKOES, BMAFJ, Land Wien, Herzog (Vorsitzender)

Rückmeldungen im Detail:

Name, Kurie	Datum	Bezugnehmende §§	Stellungnahme inhaltlich
Klingenbrunner, BMKOES	10.3.2021	Allgemein	Klingt plausibel
Piller, BMAFJ	10.3.2021	§ 6 Abs. 8	<p>§ 6 Abs. 8 des Entwurfes verpflichtet Betriebe mit mehr als 50 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Präventionskonzeptes auszuarbeiten und umzusetzen. Basierend auf einer Risikoanalyse ist ein dem Stand der Wissenschaft entsprechendes COVID-19-Präventionskonzept zur Minimierung des Infektionsrisikos auszuarbeiten und umzusetzen. Der Betreiber einer Betriebsstätte mit mehr als 50 Arbeitnehmern hat die Einhaltung dieser Bestimmungen durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen.</p> <p>In Anerkennung der Absicht, dass Betriebe offenbar zu einer systematischen Vorgehensweise gebracht werden sollen, ersuchen wird trotzdem die folgende Punkte zu bedenken, da der einheitliche Vollzug dieser Bestimmung sehr schwierig werden wird:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine Risikoanalyse und die Ausarbeitung eines dem Stand der Wissenschaft entsprechendes COVID-19-Präventionskonzeptes wird unserer Meinung nach die meisten Betriebe überfordern. Damit Betriebe in die Lage versetzt werden, diese Anforderung zu erfüllen, müssten Anleitungen einerseits zur Durchführung der Risikoanalyse zur Verfügung gestellt werden und darüber hinaus exemplarische Lösungen für betriebliche Maßnahmen. • Es stellt sich allerdings die grundsätzliche Frage, ob der komplexe und ev. auch auf manche Betriebe abschreckend wirkende Ansatz eines auf einer Risikoanalyse und wissenschaftlichen Grundlage zu erarbeitenden Präventionskonzeptes unbedingt erforderlich ist bzw. die intendierte Wirkung entfalten wird. Könnte es eventuell nicht ausreichen, dass die Betreiber von Betriebsstätten für ihren Betriebe darlegen, welche Maßnahmen im Betrieb

			<p>konkret für die Einhaltung der Anforderungen der SchuMaV (insbes. §§ 4 bis 8) gesetzt wurden und wie mit Abweichungen, Störungen und Vorfällen umgegangen wird und welche Maßnahmen für die Einhaltung getroffen worden sind (Aufsicht, Kontrolle)?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es stellt sich auch noch die Frage der Kontrolle dieser Bestimmungen durch die zuständigen Gesundheitsbehörden: Woran erkennt die Behörde, ob ein Präventionskonzept den Anforderungen der Bestimmung genügt? – Und damit im Zusammenhang stehend die Frage der Dokumentation des Präventionskonzeptes: Ist die schriftliche Form zwingend oder sollen die gesetzten Maßnahmen für sich sprechen? Es ist dabei allerdings anzumerken, dass auch die Vorlage eines schriftlichen Präventionskonzeptes die zuständige Gesundheitsbehörde nicht davon entbinden wird, die Maßnahmen vor Ort zu kontrollieren (Papier ist bekanntlich geduldig). • Die Aufzählung in § 6 Abs. 8 sollte aus unserer Sicht ergänzt werden um: <ul style="list-style-type: none"> • Kontrolle und Aufsicht über die gesetzten Maßnahmen im Betrieb bzw. an auswärtigen Arbeitsstellen • Personaltransporte • Verhalten in Sozialräumen und Kantinen • Reinigung und Desinfektionsmaßnahmen • Bereiche in denen der Schutzabstand unterschritten wird und damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen • Verhalten im Außendienst
Müller, Land Wien	10.3.2021	Allgemein	<p>Zunächst ist festzuhalten, dass die Einräumung einer Stellungnahmefrist von nur wenigen Stunden eine angemessene Bewertung und Beurteilung des gegenständlichen Novellierungsentwurfes seriöserweise nicht zulässt. Es wird darauf hingewiesen, dass es keine Not für derartig kurze, de facto nicht existente Begutachtungsfristen gibt. Es wäre sowohl für Verwaltungsbehörden als auch für Normunterworfenen von Wichtigkeit Planungs- und Rechtssicherheit zu haben, dies vor allem im Hinblick auf die nunmehrige Dauer der Pandemie und die unüberblickbare Anzahl von Novellierungen und Verordnungen.</p>
		Z 4 (§ 6 Abs. 2 Z 2)	<p>Da mit der geplanten Novellierung das Tragen einer FFP2-Maske oder mindestens gleichwertig als Grundsatz vorgeschrieben wird, wird dem Abs. 3 vorgegriffen, der eine</p>

			strengere Vereinbarung als das Tragen eines M-N-S ermöglicht, womit der Abs. 3 im Ergebnis angepasst oder gestrichen werden sollte.
		Z 5 (§ 6 Abs. 8)	<p>Es wird angemerkt, dass sich Betriebe in dieser Größe längst an gängigen SOP der Interessenvertretungen orientieren bzw. halten. In der Praxis wird diese Regelung dazu führen, dass die zuständigen Behörden sich abermals und wie mittlerweile üblich nach Novellierungen mit unzähligen Anfragen nach Durchsicht und Bewilligung konfrontiert sehen werden, die die ohnehin bestehende Arbeitslast nur weiter vergrößern.</p> <p>Es wäre diesfalls wenigstens eindeutig zu normieren, dass derartige Präventionskonzepte keiner wie auch immer gearteten Anzeige oder Bewilligungspflicht unterliegen.</p>
		Z 7 (§ 10 Abs. 10 Z 6)	Im § 10 Abs. 10 Z 6 ist der Verweis auf die Ausnahme nach § 17 Abs. 10 nicht richtig, weil dieser den Parteienverkehr in Ausübung von Verwaltungstätigkeiten betrifft. Richtig wäre der Verweis auf § 17 Abs. 11 („ <i>Bewohner, denen es aus gesundheitlichen oder behinderungsspezifischen Gründen, insbesondere wegen dementieller Beeinträchtigung, nicht zugemutet werden kann, die Vorgaben einzuhalten.</i> “).
		Z 9 (§ 13 Abs. 3 Z 9)	<p>Aus epidemiologischer Sicht und in Zusammenschau mit verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechten ist eine Beschränkung auf Personen unter 18 Jahren nicht nachvollziehbar. Sogar in der Ausnahmegruppe kann diese Regelung zu eigenartigen Konstellationen führen. Beispielsweise könnte diese Regelungen Schüler aus dem Klassenverbund ausschließen, wenn sie bereits volljährig sind oder eine Klasse wiederholen müssen.</p> <p>Das Abweichen vom Mindestabstand von 2-Metern darf zwar gemäß Abs. 8 kurzfristig unterschritten werden, jedoch ist nicht klar, welche sonstigen geeigneten Schutzmaßnahmen zu treffen sind (besonders im Hinblick darauf, dass sie im Rahmen der Sportausübung getroffen werden sollen).</p>
		Z10 (§ 13 Abs. 4)	Soweit ersichtlich ist bei der Regelung zu Maskentragepflicht ein legislatischer Fehler unterlaufen: Es wird in § 13 Abs. 4 sowohl in Z 1 als auch in Z 2 erwähnt, dass für psychosoziale Treffen (Abs 3 Z 10) Masken zu tragen sind. Wenn man das mit Veranstaltungen nach Abs 3 Z 4-7 vergleicht, die nur in Abs. 4 Z 1 genannt sind, ist das nicht stimmig. In § 13 Abs. 4 Z 2 müsste daher der Verweis auf Abs. 3 Z 10 entfallen.

		Z12 (§ 13 Abs. 7)	<p>Die Vorstellung, dass sich beispielsweise sieben Jugendliche in einer nicht öffentlichen Sportstätte treffen um dort gemeinsam Sport betreiben und ein Präventionskonzept erarbeiten, welches dem Stand der Wissenschaft entspricht, ist fern der realen Gegebenheiten und wohl de facto nicht exekutierbar.</p> <p>Die Voraussetzung für die Zulässigkeit der Teilnahme der volljährigen Betreuungsperson, wenn spätestens alle sieben Tage ein negatives Ergebnis eines Antigen-Tests auf SARS-CoV-2 vorliegen muss, dessen Abnahme nicht mehr als 48 Stunden zurückliegen darf, oder eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2, dessen Abnahme nicht mehr als 72 Stunden zurückliegen darf, ist nicht schlüssig. Der Gesetzgeber möge klarstellen, ob das Testergebnis alle sieben Tage vorzulegen ist, oder es – je nach Test - nicht älter als 48 (Antigen) oder 72 Stunden (molekularbiologischer Test) alt sein darf.</p> <p>Soweit ersichtlich gibt es keine Legaldefinition der Begriffe „öffentliche Sportstätten“ und „nicht-öffentliche Sportstätten“. Es sollte daher klargestellt werden, was unter nicht öffentlichen Sportstätten zu verstehen ist.</p> <p>Das Verhältnis dieser Regelung zu § 9 Abs. 2 Z 2 ist unklar. Weiters ist unklar, was unter Abs. 7 Z 2 „Gesundheitscheck vor der Sportausübung“ zu verstehen ist.</p>
		Z 14 (§ 14)	<p>Hier ist mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass sich die außerschulische Jugendbetreuung, besonders in Zeiten, wo sich der psychische Leidensdruck besonders auch in der Gruppe der jungen Erwachsenen in weit überdurchschnittlichen Maße manifestiert, nicht auf die Altersgruppe unter 18 beschränkt. Mit dieser Regelung werden junge Erwachsene auf undifferenzierte und epidemiologisch nicht begründbare Weise von Programmen ausgeschlossen.</p> <p>Bezüglich Voraussetzung für die Zulässigkeit der Teilnahme der volljährigen Betreuungsperson gilt das zu § 13 Abs. 7 ausgeführte.</p>
		Z 17 (§21)	<p>Im Hinblick auf den letzten Satz des § 21 Abs. 1 wird angemerkt, dass der Fall einer aus minderjährigen Personen bestehenden Besuchergruppe nicht geregelt ist. Weiters wird angemerkt, dass die Absätze 2 bis 6 im Gegensatz zu Abs. 1 nicht auf Vereine Bezug nehmen.</p>

		Z 18 (§ 24)	<p>In der rechtlichen Begründung wird ausgeführt, dass sowohl in § 7 Abs. 4 COVID-19-Maßnahmengesetz als auch in § 43a Abs. 4 Epidemiegesetz vorgesehen ist, dass entsprechend der jeweiligen epidemiologischen Situation betreffend COVID-19 differenziert werden kann. Es ist jedoch in keiner Weise festgelegt, wer die jeweilige epidemiologische Situation bewertet bzw. festlegt und anhand welcher konkreter Parameter die Entscheidung erfolgt, dass betreffend einzelner Gebiete eine andere bzw. bessere epidemiologische Situation vorliegt.</p>
		§ 24 Z 1	<p>In der rechtlichen Begründung wird ausgeführt, dass sowohl in § 7 Abs. 4 COVID-19-Maßnahmengesetz als auch in § 43a Abs. 4 Epidemiegesetz vorgesehen ist, dass entsprechend der jeweiligen epidemiologischen Situation betreffend COVID-19 differenziert werden kann. Es ist jedoch in keiner Weise festgelegt, wer die jeweilige epidemiologische Situation bewertet bzw. festlegt und anhand welcher konkreter Parameter die Entscheidung erfolgt, dass betreffend einzelner Gebiete eine andere bzw. bessere epidemiologische Situation vorliegt.</p> <p>Hinsichtlich § 24 Z 1 letzter Satz wird angemerkt, dass die Bezugnahme auf § 9 Abs. 2 Z 2 unklar formuliert ist und die anzuwendenden Regelungen besser auszuformulieren wären. Überdies ist statt § 13 Abs. 4 wohl nur der letzte Satz des § 13 Abs. 4 gemeint.</p> <p>Nach § 24 Z 3 darf der Betreiber Kunden nur einlassen, wenn ein negatives Ergebnis eines AntigenTests auf SARS-CoV-2, dessen Abnahme nicht mehr als 48 Stunden zurückliegen darf, oder eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2, dessen Abnahme nicht mehr als 72 Stunden zurückliegen darf, vorgewiesen wird. Darüber hinaus haben Kunden eines Gastronomiebetriebes eine Atemschutzmaske der Schutzklasse FFP2 ohne Ausatemventil oder eine Maske mit mindestens gleichwertig genormten Standard – wie in der Rechtlichen Begründung ausgeführt wird, auch am Verabreichungsplatz - zu tragen und gegenüber Personen, die nicht im gemeinsamen Haushalt leben oder der Besuchergruppe angehören, einen Abstand von zwei Metern einzuhalten.</p> <p>Beim Betreten von Freizeit- und Kultureinrichtungen (§ 24 Z 4) sowie bei Veranstaltungen ist ein Abstand von mindestens einem Meter gegenüber anderen Personen, die nicht im gemeinsamen Haushalt leben, einzuhalten bzw. wenn dies nicht möglich ist die seitlich</p>

			<p>daneben befindlichen Sitzplätze freizuhalten, sofern nicht durch andere geeignete Schutzmaßnahmen das Infektionsrisiko minimiert werden kann. Darüber hinaus müssen die Teilnehmer nicht zwingend ein negatives Ergebnis eines AntigenTests auf SARS-CoV-2, dessen Abnahme nicht mehr als 48 Stunden zurückliegen darf, oder eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2, dessen Abnahme nicht mehr als 72 Stunden zurückliegen darf, vorweisen, sondern genügt auch ein negatives Ergebnis eines SARS-CoV 2-Tests zu Eigenanwendung.</p> <p>Die unterschiedlichen Regelungen für das Betreten von Gastronomiebetrieben einerseits und von Freizeit- und Kultureinrichtungen bzw. für die Teilnahme an Veranstaltungen andererseits, scheinen aus Sachlichkeitserwägungen fraglich.</p> <p>Hinsichtlich § 24 Z 3 lit. d ist festzuhalten, dass diese Regelung wohl nicht während der Konsumation von Speisen und Getränken gelten soll.</p> <p>Zu § 24 Z 5 lit. c ist festzuhalten, dass das Abstellen auf Personen, die nicht im gemeinsamen Haushalt leben (statt auf die Besuchergruppe) für den Veranstalter wohl schwer zu organisieren sein wird.</p> <p>In § 24 Z 5 lit. h ist die Anführung der Verabreichung von Speisen und Getränken im Hinblick auf die Regelung der lit. f unklar.</p>
Herzog, BMSGPK (Vorsitzender)	10.3.2021	§ 1 und §6	<p>Wenn nun der MNS gestrichen wird würde ich bei Masken mit mindestens gleichwertig genormten Standard – insbesondere auf die Filterleistung abstellen im § 1 und insbesondere im § 6; Es gibt Masken die sogar eine höhere Filterwirkung haben, aber auf Grund des Materials die Brandschutzbestimmungen nicht erfüllen. Das ist bei einem Arbeitnehmerschutzprodukt sinnvoll aber nicht bei einer Maske zur Reduktion der Aerosolverbreitung!</p> <p>Diese Masken sind aus Baumwolle haben daher auch besseren Tragekonform und können auch wiederverwendet werden. Ich denke wir sollten hier diese Möglichkeit öffnen! Eine falsch getragenen FFP2 Maske bringt auch nicht viel!</p>
		Allgemein	Haben wir eine Definition für den Freiluftbereich? Oder ist dies nicht erforderlich

		§ 13 Abs 7	Zu § 13 Abs 7 was bedeutet Gesundheitscheck? – ist damit Fiebermessen gemeint oder die Abfrage ob es Symptome gab – ich gehe nicht davon aus dass es sich hier um eine ärztl. Überprüfung handeln kann.
		Sondergebiet VBG	<p>Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir in diesem Pilot die Überlegungen zur Veranstaltungen aufnehmen würden. – Dies wäre ein tatsächlicher PILOT der dann auch evaluiert und nachgebessert werden kann auf den Erfahrungen der VBG Behörden.</p> <p>Vorschlag für Veranstaltungen & Präventionskonzept / COVID BEAUFTRAGTER / ANZEIGE /</p> <p><i>(5) Der für eine Veranstaltung Verantwortliche hat bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen mit über 10 Personen und bei Veranstaltungen im Freien mit über 10 Personen ein COVID-19-Präventionskonzept auszuarbeiten und dieses umzusetzen.</i></p> <p><i>Das COVID-19-Präventionskonzept hat insbesondere Vorgaben zur Schulung der Mitarbeiter und basierend auf einer Risikoanalyse Maßnahmen zur Minimierung des Infektionsrisikos zu beinhalten. Hiezu zählen insbesondere:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> <i>1. Regelungen zur Steuerung der Besucherströme,</i> <i>2. spezifische Hygienevorgaben,</i> <i>3. Regelungen zum Verhalten bei Auftreten einer SARS-CoV-2-Infektion,</i> <i>4. Regelungen betreffend die Nutzung sanitärer Einrichtungen,</i> <i>5. Regelungen betreffend die Verabreichung von Speisen und Getränken. Das COVID-19-Präventionskonzept kann auch ein datenschutzkonformes System zur Nachvollziehbarkeit von Kontakten wie beispielsweise ein System zur Erfassung von Anwesenheiten auf freiwilliger Basis beinhalten.</i> <p><i>Der für eine Veranstaltung Verantwortliche hat bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen mit über 25 Personen und bei Veranstaltungen im Freien mit über 25 Personen einen COVID-19-Beauftragten zu bestellen.</i></p> <p><i>(5a) Veranstaltungen in geschlossenen Räumen mit über 25 Personen und Veranstaltungen im Freien mit über 25 Personen sind zudem der für den Veranstaltungsort zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde unter Bekanntgabe jedenfalls folgender Informationen anzuzeigen:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> <i>1. Name und Kontaktdaten insbesondere Telefonnummer des Veranstalters</i> <i>2. Zeit, Dauer und Ort der Veranstaltung</i> <i>3. Zwecke der Veranstaltung</i> <i>4. Anzahl der Teilnehmer und Anzahl der Personen die für die Durchführung der Veranstaltung erforderlich sind.</i>

Wiederkehrende Veranstaltungen, welche immer zum gleichen Zeitpunkt am selben Ort abgehalten werden, können unter Angabe der geplanten Veranstaltungstermine für einen Zeitraum von maximal 8 Wochen mit einer Meldung bei der Behörde angezeigt werden. Die Anzeige hat elektronisch an eine von der Zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde bekanntgegeben Email-Adresse oder im Wege einer Web-Applikation erfolgen.

Bei Veranstaltungen mit einer Bewilligung ab 50 Personen gemäß Abs. 4. entfällt auf Grund der Bewilligungspflicht die Verpflichtung zur Anzeige der Veranstaltung.

(5a) Der Veranstalter hat das Covid-19-Präventionskonzept während der Veranstaltung verfügbar zu haben und hat dieses Auf Verlangen der Bezirksverwaltungsbehörde im Rahmen der Kontrolle vorzulegen. Die Bezirksverwaltungsbehörde hat die Einhaltung der COVID-19-Präventionskonzepte stichprobenartig zu überprüfen

Es muss möglich sein, angezeigte Veranstaltungen durch die Exekutive aufzulösen!
Eine reine Anzeige wird nichts bringen und die Partygäste legen zusammen, um die Verwaltungsstrafe zu entrichten!!!

Was heißt das nun:

Teilnehmer Anzahl*		Test- pflicht	Covid- Präventions- konzept	Covid- Beauftragter	Anzeige	Bewilligung
indoor	outdoor					
Bis 4	Bis 4	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
>4 bis 10	>4 bis 10	JA	Nein	Nein	Nein	Nein
>10 bis 25	>10 bis 25	JA	JA	Nein	Nein	Nein
>25 bis 50	>25 bis 50	JA	JA	JA	JA	Nein
>50 bis 100 bzw. max 50%	>50 bis 100 bzw. max 50%	JA	JA	JA	Nein	JA

			<p>*ANZAHL kann je nach Situation angepasst werden; Rechtsrahmen in der kommenden Novelle verankern um auch vorbereiten zu können; Zahlen können dann auch situationsnangepasst eingetragen werde</p>
--	--	--	---